

Dräger, Lena; Gründler, Klaus; Potrafke, Niklas; Ruthardt, Fabian

Article

Ökonomenpanel: Inflationsrate von 4,4 Prozent für 2022 erwartet

ifo Schnelldienst

Provided in Cooperation with:

Ifo Institute – Leibniz Institute for Economic Research at the University of Munich

Suggested Citation: Dräger, Lena; Gründler, Klaus; Potrafke, Niklas; Ruthardt, Fabian (2022) : Ökonomenpanel: Inflationsrate von 4,4 Prozent für 2022 erwartet, ifo Schnelldienst, ISSN 0018-974X, ifo Institut - Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München, München, Vol. 75, Iss. 03, pp. 35-37

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/260748>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Lena Dräger, Klaus Gründler, Niklas Potrafke und Fabian Ruthardt

Ökonomenpanel: Inflationsrate von 4,4 Prozent für 2022 erwartet

Die momentan deutlich über dem Inflationsziel der Europäischen Zentralbank (EZB) liegenden Inflationsraten in Deutschland und der Eurozone bestimmen die aktuelle geldpolitische Diskussion. Es mehren sich die Anzeichen, dass die erhöhte Inflation länger anhält als ursprünglich von den meisten Ökonominnen und Ökonomen sowie den Mitgliedern der Zentralbanken erwartet. In ihrer geldpolitischen Entscheidung muss die EZB nun die Risiken abwägen, die ein zu frühes oder zu spätes Reagieren auf die erhöhte Inflation mit sich bringen würde. Das 38. Ökonomenpanel von ifo und FAZ widmet sich dem Thema Inflation. Durchgeführt wurde die Umfrage vom 22. Februar 2022 bis zum 1. März 2022. An der Umfrage nahmen 145 Ökonominnen und Ökonomen teil.

Inflationserwartungen von Firmenmanagerinnen und -managern sowie den privaten Haushalten spielen eine wichtige Rolle für langfristige Preisentwicklungen. Sollten beispielsweise Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer aufgrund höherer Inflationserwartungen höhere Lohnabschlüsse verhandeln, könnte dies in der Folge zu weiteren Preiserhöhungen führen. Dies hätte einen persistenteren Inflationsanstieg zur Folge. Ein Umfrageexperiment von Dräger et al. (2022) zeigt, dass Befragte, die in der Umfrage auf den aktuellen Anstieg der Inflation aufmerksam gemacht werden, ihre kurz- und langfristigen Inflationserwartungen erhöhen.

Die privaten Haushalte in Deutschland rechnen gegenwärtig mit einem merklichen Anstieg der Preise. Dies geht aus dem »Online Panel of Households« der Deutschen Bundesbank hervor, das regelmäßig Inflationserwartungen von Privatpersonen in Deutschland über die kommenden zwölf Monate misst. Im Januar 2022 rechneten die Privatpersonen im Schnitt mit einem Preisanstieg von rund 4,5%. Dieser Wert liegt deutlich über den Erwartungen des Wertes im Januar 2021, als die Privatpersonen noch mit einem Anstieg von 2,5% rechneten (Deutsche Bundesbank 2022). Auch unter Expertinnen und Experten sind die Inflationserwartungen in jüngster Zeit gestiegen. Für die gesamte Eurozone erhöhten die Teilnehmenden am »Survey of Professional Forecasters« der EZB (2022), der sich aus Expertinnen und Experten aus Banken und Wirtschaftsforschungsinstituten zusammensetzt, ihre Inflationsprognose für das Jahr 2022 von 1,9% (Prognose aus 2021Q4) auf 3% (Prognose aus 2022Q1). Während die Haushalte auch für die kommenden fünf Jahre ähnlich hohe Inflationsraten für Deutschland erwarten, prognostizieren die Expertinnen und Exper-

IN KÜRZE

Das 38. Ökonomenpanel von ifo und FAZ, an dem 145 Profesorinnen und Professoren teilnahmen, widmet sich der Inflation. Für Deutschland erwarten die Ökonominnen und Ökonomen im Durchschnitt eine Inflationsrate von 4,4% für das Jahr 2022. Dieser Wert sinkt für das Jahr 2023 auf 3,4% und für das Jahr 2026 auf 2,8%. Als Ursache für die aktuell deutlich erhöhte Inflation werden die hohen Energie- und Rohstoffpreise, Lieferengpässe und die Geldpolitik genannt. Um die Inflation zu senken, sprechen sich drei Viertel der Teilnehmenden für sofortige Maßnahmen durch die EZB aus. Als sinnvolle Maßnahme sehen die Ökonominnen und Ökonomen Leitzinserhöhungen. Bis Ende des Jahres sollte der Leitzins ihrer Meinung nach im Durchschnitt auf 1% angehoben werden.

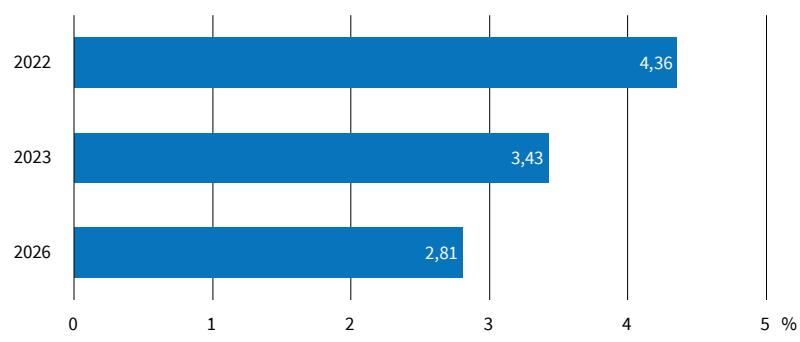
ten für die Eurozone eine Normalisierung der Inflation unter bzw. nahe des Inflationsziels von 2% ab 2023.

ÖKONOMINNEN UND ÖKONOMEN RECHNEN MIT LANGFRISTIG ERHÖHTER INFLATIONS RATE

Welche Inflationsdynamik erwarten die Expertinnen und Experten momentan für Deutschland? Die am 38. Ökonomenpanel teilnehmenden Ökonominnen und Ökonomen erwarten für Deutschland für das Jahr 2022 eine durchschnittliche Inflationsrate von 4,4%. Für das Jahr 2023 sinkt die für Deutschland erwartete durchschnittliche Inflationsrate auf 3,4%. Dennoch liegt dieser Wert noch deutlich über dem Inflationsziel

Abb. 1

Inflationserwartung für Deutschland
Welche durchschnittliche Inflationsrate erwarten Sie für Deutschland für das Jahr...



Quelle: Ökonomenpanel Februar 2022.

© ifo Institut

Abb. 2

Antworten zu den Ursachen der aktuellen Verbraucherpreissteigerung in Deutschland



Je größer ein Wort, desto häufiger wurde es genannt.

Quelle: Ökonomenpanel Februar 2022.

© ifo Institut

der EZB. Auch die erwartete durchschnittliche Inflationsrate für das Jahr 2026 liegt mit einem Wert von 2,8% noch über dem Zielwert der EZB. Folgt man den Inflationserwartungen der teilnehmenden Ökonominnen und Ökonomen, ist mit einer länger andauernden erhöhten Inflationsrate für Deutschland zu rechnen.

Was sind die wahrgenommenen Ursachen für die aktuell erhöhte Inflation? Andre et al. (2021) untersuchen diese Frage für Ökonominnen und Ökonomen, Firmenmanagerinnen und -manager sowie Haushalte in den USA. Während Ökonominnen und Ökonomen

häufig Ursachen nennen, die im Zusammenhang mit Angebots- oder Nachfrageschocks stehen, sehen Managerinnen und Manager sowie Privatpersonen die Ursachen häufig im Zusammenhang mit der Pandemie und mit Fehlern in der Wirtschaftspolitik.

STEIGENDE ENERGIE- UND ROHSTOFFPREISE TREIBEN DIE INFLATION

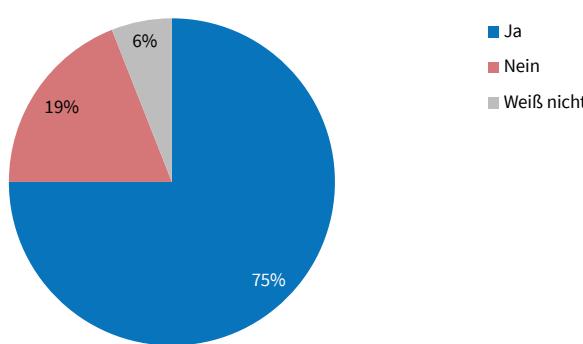
Die Teilnehmenden des Ökonomenpanels sehen als häufigste Ursachen für die gegenwärtig erhöhte Inflation die steigenden Energie- und Rohstoffpreise, bei Antworten seit dem 24. Februar 2022 verstärkt durch den Angriff Russlands auf die Ukraine. Auch Lieferengpässe und pandemiebedingte Effekte (Nachholeffekte beim Konsum bei gleichzeitiger Angebotsknappheit) werden von den Ökonominnen und Ökonomen häufig genannt. Zudem sehen sie in der Geldpolitik der EZB eine Hauptursache für die aktuellen Verbraucherpreisseigerungen in Deutschland. In Abbildung 2 werden die Freitextantworten der teilnehmenden Ökonominnen und Ökonomen grafisch aufbereitet. Wörter, die in der Abbildung größer erscheinen, wurden von den Ökonominnen und Ökonomen häufiger genannt.

**ÖKONOMINNEN UND ÖKONOMEN SPRECHEN SICH
FÜR SOFORTIGE MASSNAHMEN DER EZB AUS**

Abb. 3

EZB-Maßnahmen 1/2

Sollte die EZB sofort Maßnahmen ergreifen, um die Inflation zu senken?



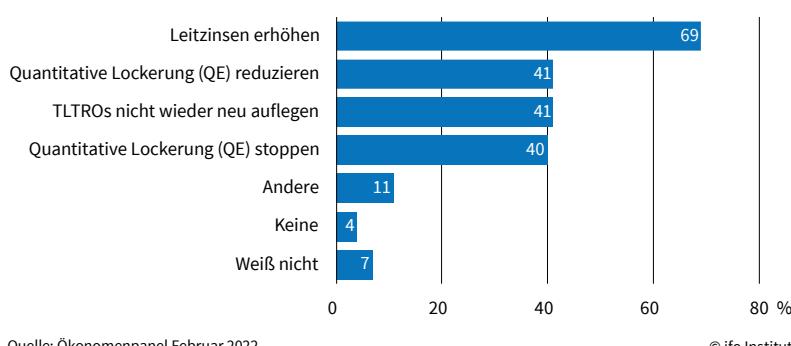
Quelle: Ökonomenpanel Februar 2023

© ifo Institut

Ahh 4

FZB-Maßnahmen 2/2

Welche Maßnahmen sollte die EZB sofort oder zu einem späteren Zeitpunkt 2022 ergreifen, um das Ziel der mittelfristigen Preisstabilität zu erreichen?



Neben den Ursachen für die erhöhten Inflationsraten wird gegenwärtig über sinnvolle geldpolitische Reaktionen diskutiert. Die Studie von Dräger et al. (2022) untersucht experimentell, inwiefern Zentralbankkommunikation dabei helfen kann, Inflationserwartungen angesichts hoher aktueller Inflationsraten zu stabilisieren. Das Experiment zeigt, dass eine zahllengestützte Kommunikation mit den vergleichsweise niedrigeren Inflationsprognosen des »Survey of Professional Forecasters« die Inflationserwartungen von Privatpersonen stabilisieren kann. Gleichzeitig zeigen Dräger et al. (2021), dass Haushalte mit den gleichen Inflationserwartungen sehr unterschiedliche Meinungen darüber haben können, ob diese erwartete Inflation zu hoch, zu niedrig oder angemessen sei.

Drei Viertel der Teilnehmenden des Ökonomenpanels sind der Meinung, dass die EZB sofort Maßnahmen ergreifen sollte, um die Inflation zu senken. Lediglich 19% sprechen sich gegen eine sofortige Reaktion der EZB aus. Als Hauptgrund für ein sofortiges Eingreifen wird von den teilnehmenden Ökonominnen und Ökonomen angeführt, dass sich die gegenwärtig hohen Inflationserwartungen nicht auf einem dauerhaft hohen Niveau festsetzen dürfen. Außerdem bestünde bei der aktuellen Inflationsrate die Gefahr einer Lohn-Preis-Spirale. Diejenigen Ökonominnen und Ökonomen, die gegen eine sofortige Reaktion der EZB sind, fordern Maßnahmen erst in durchschnittlich neun Monaten und begründen dies unter anderem mit einer nach der Corona-Pandemie automa-

tisch sinkenden Inflationsrate. Mit »Weiß nicht« antworten 6%.

In Bezug auf die geldpolitischen Instrumente der EZB, die sofort oder zu einem späteren Zeitpunkt 2022 eingesetzt werden sollen, um das Ziel der mittelfristigen Preisstabilität zu erreichen, favorisieren gut zwei Drittel der teilnehmenden Ökonominnen und Ökonomen eine Erhöhung der Leitzinsen. Begründet wird dies mit der großen Signalwirkung der Maßnahme und den derzeit zu niedrigen Zinsen. Auf die Frage, wie hoch der Leitzins der EZB für das Hauptrefinanzierungsgeschäft am Jahresende 2022 stehen sollte, geben die Teilnehmenden einen durchschnittlichen Zinssatz von rund 1% an. Jeweils rund 40% der teilnehmenden Ökonominnen und Ökonomen fordern, die gezielten längerfristigen Refinanzierungsgeschäfte (TLTROs) nicht wieder neu aufzulegen und die quantitative Lockerung (QE) zu reduzieren oder ganz zu stoppen. Gut jeder Zehnte möchte, dass die EZB andere

Maßnahmen wie den Verkauf von Anleihen ergreift. Lediglich 4% unterstützen keine Maßnahmen der EZB, um die mittelfristige Preisstabilität zu sichern. Mit »Weiß nicht« antworten 7%.

LITERATUR

Andre, P., I. Haaland, C. Roth und J. Wohlfart (2021), »Inflation Narratives«, CEPR Discussion Paper Nr. 16758.

Deutsche Bundesbank (2022), »Inflationserwartungen«, 11. Februar, verfügbar unter: <https://www.bundesbank.de/de/bundesbank/forschung/erwartungsstudie/inflationserwartungen-849084>.

Dräger, L., M. J. Lamla und D. Pfajfar (2021), »The Hidden Heterogeneity of Inflation and Interest Rate Expectations: The Role of Preferences«, Hannover Economic Paper Nr. 694.

Dräger, L., M. J. Lamla und D. Pfajfar (2022), »How to Limit the Spillover from the 2021 Inflation Surge to Inflation Expectations?«, Hannover Economic Paper Nr. 694.

EZB (2022), »Survey of Professional Forecasters«, verfügbar unter: https://www.ecb.europa.eu/stats/ecb_surveys/survey_of_professional_forecasters/html/ecb.spf2022q1~082bc1deaa.en.html#toc2.